

Geldbuße bestraft, auch diese Verordnung streng gehand-  
habt, wie herkömmlich von den Kanzeln verkündigt und  
an gewöhnlichen Orten angeheftet werden.

32. Coesfeld den 26. August 1805. (U. b. Jagdausübung.)

Fürst-Rheingräfliche Regierung.

Wegen Verspätung der diesjährigen Erndte wird die  
JagdSchlußzeit bis zum 30. September incl. verlängert  
und gleichzeitig, unter Androhung ediktmäßiger Strafe,  
bestimmt, „daß bis daran Niemanden im hiesigen Lande  
„anders zu jagen erlaubt sein solle, als wie solches nach  
„Inhalt der noch bestehenden Jagd-Verordnung vom 10.  
„Februar 1792 (Nr. 545 d. 1sten Abth. d. S.) binnen  
„der geschlossenen Jagdzeit erlaubt ist.“

Bemerk. Durch ein Publikandum der landesherrlichen  
Hofkammer zu Coesfeld vom 31. August 1805 (Aa.  
Sect. V. 545. d.) ist ein Termin zur Kirchspielsweisen  
Verpachtung der landesherrlichen Koppeljagden, der  
Meteler abteylichen Homesaatsjagd und der Vogelheerde  
an die lezt- und meistbietenden Jagdliebhaber, unter  
Entkräftung der bisher verpachteten Jagdschilder, auf  
den 13. September ej. a. anberaumt worden; an wel-  
chem Tage dieselbe Behörde die Jagd-Verpachtung im  
ganzen Landesgebiet, ausschließlich dreier Kirchspiele,  
auf sechs nach einander folgende Jahre dergestalt be-  
wirkt hat, daß 50 Jagdpässe, zu 3 Rthlr. jährlich und  
gegen  $\frac{1}{2}$  Rthlr. Kanzlei-Gebühr, den Jagdliebhabern,  
sodann auch 12 Vogelheerde (zum Drosseln-Fang) ge-  
gen  $\frac{1}{2}$  Rthlr. jährlich, an- und resp. ausgebenen  
worden sind.

33. Coesfeld den 19. September 1805. (U. b. Imme-  
diat-Eingaben.)

Fürst-Rheingräfliche Regierung.

Bei der landesherrschafftlich geschenehen Errichtung ei-  
nes gemeinschaftlichen Cabinets, sollen alle dahin gehörige  
Eingaben an den desfalls ernannten gemeinschaftlichen  
Cabinetts-Rath und durch diesen zur landesherrschafftlichen  
Kenntniß gelangen.

34. Coesfeld den 26. September 1805. (U. b. Jagd-  
ausübung.)

Fürst-Rheingräfliche Regierung.

Die Jagdausübung wird denjenigen Handwerkern und  
Bauern, „welche vermöge ihrer Erbe keine Jagdgerechtig-  
keit hergebracht haben“, bei Strafe von 20 Rthlr., auch  
für den Fall verboten, wenn sie Jagd-Schilder oder Jagd-  
pässe erworben oder gepachtet haben; das den Schulzen  
und Bauern, vermöge ihres unterhabenden Erbes zuste-  
hende Jagdrecht darf nur von diesen persönlich und nicht  
durch andre Bauern ausgeübt werden.

35. Coesfeld den 4. November 1805. (U. b. Extraord.  
Steuer.)

Fürst-Rheingräfliche Regierung.

Zur Deckung des Ausfalls der Natural-Verpflegungs-  
Kosten der, bei den jetzigen kriegerischen Zeitumständen,  
ins diesseitige Gebiet dislocirten königlich preussischen  
Truppen, gegen die dafür vergütet werdenden Normal-  
Entschädigungs-Gelder, wird eine allgemeine Extraordi-  
nariens-Steuer, nach gleichen Sätzen, wie jene vom 28.  
November 1803 (Nr. 39 der 2ten Abth. d. S.) ausge-  
schrieben; und deren Erhebung und Einzahlung an die  
Militair-Einquartierungs- und Verpflegungs-Commission,  
binnen 6 Wochen, befohlen.

Bemerk. Zu demselben Zwecke ist die vorbezeichnete  
Steuer am 23. Januar und 18. März 1806 zum zwei-  
ten- und resp. drittenmale ausgeschrieben worden.

36. Coesfeld den 27. November 1805. (U. b. Salubri-  
tats- und Straßen-Polizei.)

Fürst-Rheingräfliche Regierung.

Nebst geschärfter Erneuerung des am 26. November  
v. J. für die Stadt Coesfeld (Nr. 24 d. S.) erlassenen  
Ediktes, „in Ansehung der Wegschaffung der Mist-Haufen  
„und Gruben, wird solches, unter folgenden Zusätzen,  
„auf alle Städte, Wigbolde und Dörfer hiesigen Landes  
„erstreckt.“